

Bürgerinitiative Rodigallee wehrt sich gegen Umbau

Anwohner in Jenfeld
haben Anwälte
eingeschaltet

Elisabeth Jessen

Jenfeld. Anwohner der Rodigallee in Jenfeld wehren sich vehement gegen die Umgestaltungspläne des Landesbetriebs Straßen, Brücken und Gewässer (LSBG). Die Rechtsanwaltskanzlei Klemm & Partner hat im Auftrag der Bürgerinitiative „Rettet die Rodigallee“ eine umfangreiche Einwendung beim LSBG eingereicht.

Darin wird der LSBG aufgefordert, die nicht förmliche Straßenplanung ergebnislos abubrechen und auf eine Umgestaltung der Rodigallee zum jetzigen Zeitpunkt zu verzichten. Für eine grundlegende Umgestaltung mit politischer Zielsetzung sei ein Planfeststellungsverfahren durchzuführen. Nach Auffassung der Kanzlei ist die jetzige Planung materiell rechtswidrig und wird im falschen Verfahren vorangetrieben.

„Das vorliegende Verfahren zeichnet sich – wohl in engem Zusammenhang mit seiner politisch motivierten Zielsetzung und der absichtlichen Nichtberücksichtigung der realen Verkehrsverhältnisse – durch ein erstaunliches Maß an Intransparenz aus. Mit dem hier gewählten Verfahren wurde – und wird – jegliche Legitimität des Vorhabens fragwürdig. Es muss der Eindruck entstehen, der Hamburger Senat wolle seine Verkehrspolitik mit den betroffenen Bürgern weder diskutieren noch sie an dem tatsächlichen Bedarf der Stadt ausrichten. Die Behörde für Verkehr und Mobilitätswende räumt dieses Vorgehen offen ein...“, heißt es in der Stellungnahme der Anwaltskanzlei.

Und weiter: „Die Zielsetzung der Planung verfolgt nicht die Herstellung oder Erhaltung der Leistungsfähigkeit der Straße im heutigen Umfang und nicht deren Steigerung. Im Gegenteil wird die Leistungsfähigkeit bewusst reduziert. Eine Simulation mit den aktuellen Verkehrsströmen hat gezeigt, dass stadteinwärts in den Spitzenstunden in drei Knotenbereichen Überlastungen und entsprechende Rückstaulängen anzunehmen sind...“

Der Autoverkehr soll auf der Rodigallee zwei Fahrstreifen verlieren

Der LSBG bzw. die Behörde für Verkehr und Mobilitätswende planen die Reduzierung der Fahrstreifen für den motorisierten Individualverkehr von zwei auf einen in jede Richtung. Mehr als 6500 Unterstützende haben sich nach Angaben der Bürgerinitiative in einer Open-Petition inzwischen gegen den Umbau ausgesprochen.

„Klimaschutz und CO₂-Reduzierung sind wichtig. Die Menschen müssen aber mitgenommen werden. Die Hamburger Verkehrspolitik der SPD und insbesondere der Grünen ist leider einseitig und ideologisch. Die SPD will sich gegen ihren Koalitionspartner anscheinend gegenwärtig nicht durchsetzen“, sagt Frank Hiemer, Sprecher der Bürgerinitiative.

Christian Paulsen, stv. Sprecher der Bürgerinitiative, ergänzt: „Wir bemühen uns seit bald einem Jahr um die Zurückstellung des Projekts und die Durchführung eines öffentlichen Beteiligungsverfahrens. Auch die Belange der Wirtschaft müssen auf dieser wichtigen Verbindungsstraße beachtet werden.“

Klemm & Partner kritisieren auch den gewählten Zeitpunkt: In unmittelbarer Nähe werde es fünf weitere Großbaustellen, insbesondere für die U4 und die S4, geben.